

Werner Brakmann
Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion
Gemeinde Ganderkesee
Datum: 28.10.10



Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Gerken-Klass,

die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Bau und Genehmigung von Biogasanlagen

Wir bitten die Verwaltung weitere Bauanträge von Biogasanlagen in unserer Gemeinde, vor einer Stellungnahme an den Landkreis, in einem geeigneten Ausschuss darzustellen und eine Stellungnahme des Rates einzuholen oder sie abzulehnen.

Begründung:

Die SPD-Fraktion ist überzeugt, dass die Menge der z.Zt., von der Verwaltung „genehmigten“ (Einvernehmen der Gemeinde gegenüber dem Landkreis wurde erteilt) Biogasanlagen, die Verträglichkeitsgrenze erreicht, bzw. schon überschritten hat.

Nach Auskunft der Verwaltung sind mit Stand 06.10.10 insgesamt 7 Biogasanlagen für die Gemeinde Ganderkesee genehmigt und beantragt, mit einer elektr. Gesamtleistung von 3250 kW. Bei der Annahme, dass ca. 250 ha - Mais pro 500 kW angebaut werden, kommen wir auf den Bedarf von ca. 1625 ha – Maisanbau für Biogas, davon mind. 60% in der Gemeinde => 975 ha..

Wir haben z.Zt. ca. 5800 ha – Ackerland zur Verfügung, wovon heute schon ca. 2800 ha mit Maisanbau belegt sind, davon werden voraussichtlich (ca. 60% von 500) 300 ha für die bestehenden Biogasanlagen genutzt.

Verbleiben also ca. 675 ha die voraussichtlich noch zusätzlich für Biogasanlagen benötigt würden, macht also zusammen $2800+675=3475$ ha – Mais, dies entspricht ca. 60%-Maisfläche vom gesamten Ackerland.

Soll ökologisch und auf Dauer ökonomisch vernünftig gewirtschaftet werden (Fruchtfolge alle 3 Jahre), darf aber höchstens 1/3 der Ackerfläche (ca. **1930 ha**) für den Maisanbau genutzt werden.

Es lässt sich leicht erkennen, dass, bei aller Ungenauigkeit dieser Rechnung, die Vernunftgrenzen überschritten sind.

Es ist die Überzeugung der SPD-Fraktion, dass hier aber nicht nur Vernunftgrenzen überschritten werden, sondern auch bei Prüfung nach §35 BauG mindestens die Punkte, Umwelteinwirkungen (z.B. Grundwasserbelastung u. Bodenerosion) und Belange des Naturschutzes (z.B. Artenvielfalt) und der Landschaftspflege (z.B. „Vermaisung“) deutlich negativ zu bewerten sind und der Beitrag unserer Gemeinde zu regenerativen Energien, in Form von Biogas, mehr als erfüllt ist.

Dieses geht z.T. auch schon aus der generellen Stellungnahme der SPD vom September 2010 hervor.

Demnach wären weitere Biogasanlagen aus Sicht der Gemeinde abzulehnen und in einem Flächennutzungsplan, die nicht mehr zu verhindernden Biogasanlagen in Sondergebieten festzusetzen, wobei weitere Standorte für diese Anlagen ausgeschlossen werden.